

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 21

DIENSTAG, DEN 15. MÄRZ

2016

Inhalt:

	Seite		Seite
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.....	501	Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs	502
Öffentliche Zustellung.....	501	Grundpraktikumsordnung der Technischen Universität Hamburg-Harburg für den Bachelorstudiengang „Bau- und Umweltingenieurwesen“ (GPO-BUBS)	502
Öffentliche Bekanntmachung zur Erteilung einer Teilbaugenehmigung für den Neubau einer Unterkunft für Flüchtlinge oder Asylbegehrende mit bis zu 3400 Plätzen und den dazugehörigen Folgeeinrichtungen am Mittleren Landweg 87, Flurstücke 1507-1 und 5461-1, in der Gemarkung Billwerder	501	Bekanntmachung einer Änderung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung.....	505

BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburger Hochbahn AG hat beim Rechtsamt der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für die Herstellung einer automatischen Entrauchungsanlage und eines Aufzuges an der U-Bahn-Haltestelle Hauptbahnhof Süd der Linie U1 eine Plangenehmigung gemäß § 28 Absatz 1 a des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beantragt. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären. Diese Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 15. März 2016

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 501

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Goran Nikolic, zuletzt bekannte Anschrift: Grottestraße 21, 21107 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 17. März 2016 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 220, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 4. April 2016 als bewirkt.

Hamburg, den 18. Februar 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 501

Öffentliche Bekanntmachung zur Erteilung einer Teilbaugenehmigung für den Neubau einer Unterkunft für Flüchtlinge oder Asylbegehrende mit bis zu 3400 Plätzen und den dazugehörigen Folgeeinrichtungen am Mittleren Landweg 87, Flurstücke 1507-1 und 5461-1, in der Gemarkung Billwerder

Gemäß § 9 Absatz 3 Nummer 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung wird die Öffentlichkeit hiermit über die Entscheidung zum Antrag auf Teilbaugenehmigung zum oben genannten Bauvorhaben, zu dem eine

Amtl. Anz. S. 501

Amtl. Anz. S. 502

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Zugangsvoraussetzung zum Studium
- § 3 Zweck des Grundpraktikums
- § 4 Dauer und Ablauf des Grundpraktikums

- § 5 Anrechenbare Tätigkeiten
- § 6 Praktikumsstelle
- § 7 Tätigkeitsbericht
- § 8 Tätigkeitsnachweis (Zeugnis)
- § 9 Anerkennung der Praktikumsstätigkeit
- § 10 Praktikum im Ausland
- § 11 Anrechnung und Anerkennung anderweitig erbrachter Praktikumsstätigkeiten
- § 12 Praktikantenamt
- § 13 Inkrafttreten

§ 1

Geltungsbereich

Diese Grundpraktikumsordnung (GPO) ist eine Ausführungsbestimmung zu § 1 Absatz 1 Satz 3 der Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) und gilt für den Studiengang „Bau- und Umweltingenieurwesen“ mit dem Abschluss „Bachelor of Science“.

§ 2

Zugangsvoraussetzung zum Studium

(1) Zu den Zugangsvoraussetzungen des Bachelorstudiengangs „Bau- und Umweltingenieurwesen“ gehört ein Grundpraktikum gemäß § 1 Absatz 1 Satz 3 der Satzung über das Studium an der TUHH.

(2) Das Grundpraktikum ist in der Regel vor dem Studium zu absolvieren. Der Nachweis über das Praktikum ist bis zum Ende des vierten Fachsemesters zu erbringen. Liegt der Nachweis bis zwei Wochen vor Beginn des Prüfungsanmeldezeitraums des darauffolgenden Semesters nicht beim Prüfungsamt vor, wird die oder der Studierende für Prüfungen des fünften und höheren Fachsemesters gesperrt, bis der Nachweis über das Praktikum erbracht ist. In diesem Fall können die Prüfungen erst ab dem Semester, in welchem der Nachweis über das Praktikum mindestens zwei Wochen vor Beginn des Prüfungsanmeldezeitraums im Prüfungsamt vorliegt, erbracht werden. Wiederholungsprüfungen sind von der Sperrung nicht betroffen. Über Ausnahmen von der Sperrung entscheidet auf Antrag der für den Studiengang zuständige Prüfungsausschuss.

§ 3

Zweck des Grundpraktikums

(1) Das Grundpraktikum soll einen ersten Einblick in das Berufsfeld einer Ingenieurin oder eines Ingenieurs vermitteln. Die Praktikantin oder der Praktikant soll sich mit der Herstellung und Verarbeitung der wichtigsten Baustoffe, dem Einsatz von Baumaschinen, den verschiedenen Bauverfahren, den besonderen Baustellenbedingungen und einer Reihe handwerklicher Fertigkeiten vertraut machen. Gleichzeitig soll sie oder er Verständnis für die Belange der Baupraxis gewinnen, einen Einblick in den Ablauf eines Bauvorhabens erhalten und die auf einer Baustelle herrschenden sozialen Verhältnisse kennen lernen.

(2) Die Praktikantin oder der Praktikant wird durch eine fachliche Betreuerin oder einen fachlichen Betreuer der Ausbildungsstätte gelenkt und lernt so im Verlauf des Praktikums verschiedene Arbeitsverfahren und Tätigkeitsbereiche kennen. Die Erledigung praktischer Tätigkeiten im Rahmen des Praktikums soll die Fähigkeit fördern, konkrete Aufgabenstellungen zu lösen.

(3) Gleichzeitig dient das Praktikum zur beruflichen Orientierung. Die oder der Studieninteressierte kann

erkennen, ob sie oder er überhaupt die für einen technischen Beruf notwendige Motivation mitbringt.

§ 4

Dauer und Ablauf des Grundpraktikums

(1) Die Dauer des Grundpraktikums beträgt zehn Wochen.

(2) Eine Aufteilung der praktischen Tätigkeit in mehrere Abschnitte und/oder Betriebe ist möglich. Ein Praktikumsabschnitt sollte die Dauer von vier Wochen nicht unterschreiten.

(3) Maximal zehn Prozent der Praktikumszeit dürfen durch Urlaub, Krankheit oder Fehltage ausfallen. Bei Überschreitung dieser Grenze muss die ausgefallene Arbeitszeit nachgeholt werden. In diesem Fall ist die Praktikantin oder der Praktikant angehalten, den ausbildenden Betrieb um eine Vertragsverlängerung zu ersuchen, um den begonnenen Ausbildungsabschnitt im erforderlichen Maße durchführen zu können.

§ 5

Anrechenbare Tätigkeiten

(1) Als Tätigkeit im Sinne dieser Ordnung gelten sowohl praktische Arbeiten auf einer Baustelle als auch Tätigkeiten in Ingenieurbüros, der branchenspezifischen Verwaltung oder umwelttechnischen Unternehmen. Das Praktikum soll vorzugsweise vollständig auf einer Baustelle abgeleistet werden, mindestens jedoch zu fünf Wochen (Baustellenpraktikum).

(2) Als anrechenbare Praktikumsstätigkeit auf einer Baustelle im Sinne dieser Ordnung gelten praktisch-manuelle Arbeiten wie beispielsweise Mauern, Betonieren, Schalen, Bewehren oder Arbeiten in einer Werkstatt, nicht jedoch Bauaufsicht, Laborarbeiten, Bürotätigkeit und dergleichen.

(3) Die Auswahl der Tätigkeitsgebiete wird der Praktikantin oder dem Praktikanten freigestellt, jedoch sollte sie oder er sich möglichst vielseitig (mit verschiedenen Baustoffen, Verfahren und Techniken usw.) betätigen. Es wird daher empfohlen, das Praktikum in verschiedenen Bereichen des Bau- oder Umweltingenieurwesens wie Hochbau, Grundbau, Straßenbau, Umwelt- und Wasserwirtschaft usw. abzuleisten.

(4) Tätigkeiten an Hochschulinstituten, an öffentlichen Forschungsinstituten sowie Tätigkeiten in Ausbau-Gewerken werden nicht als Baustellenpraktikum anerkannt.

(5) Generell als praktische Tätigkeit im Rahmen des Grundpraktikums können nicht angerechnet werden:

- a) schulische Praktika (auch von Berufsbildenden Schulen und Technischen Gymnasien),
- b) praktische Tätigkeiten im Rahmen des Bundeswehrdienstes,
- c) Kurse von Volkshochschulen oder Handwerkskammern.

(6) Für körperlich behinderte Studierende soll nach Rücksprache mit dem Praktikantenamt eine Sonderregelung bezüglich der anrechenbaren Tätigkeiten getroffen werden.

§ 6

Praktikumsstelle

(1) Die Bewerbung auf eine geeignete Praktikumsstelle und die Auswahl einer solchen ist der Praktikantin oder dem Praktikanten selbst überlassen.

(2) Das zuständige Praktikantenamt berät die Studienbewerberinnen und -bewerber bzw. die Studierenden, vermittelt jedoch keine Praktikumsstellen.

(3) Als Ausbildungsstätten kommen alle Betriebe infrage, die ein Praktikum ermöglichen, das dessen Zweck gemäß § 1 dieser Ordnung erfüllt, und welche die Tätigkeiten nach § 5 dieser Ordnung ermöglichen.

(4) Das Praktikum kann nur zu einem Teil von maximal vier Wochen im familieneigenen Betrieb abgeleistet werden.

§ 7

Tätigkeitsbericht

(1) Über die gesamte Dauer der Tätigkeit ist ein Bericht zu verfassen.

(2) Der Bericht soll die allgemeinen Prinzipien und wesentlichen Merkmale der Verfahren aufzeigen, sowie die eigene Tätigkeit in die Gesamthematik einordnen. Es soll ersichtlich sein, dass die Verfasserin oder der Verfasser die angegebenen Arbeiten selbst ausgeführt hat.

(3) Der Bericht sollte eine wochenweise Zusammenstellung der ausgeführten Tätigkeiten enthalten und einen Umfang von etwa zehn DIN-A4-Seiten aufweisen. Gegebenenfalls können Skizzen und Fotos zur Erläuterung verwendet werden.

(4) Der Bericht ist in deutscher oder englischer Sprache zu fassen.

(5) Gegenstände oder spezielle Einrichtungen und Verfahrensweisen, die der Geheimhaltung unterliegen, sollen nicht im Bericht beschrieben werden. Unterlagen, deren Verwendung eine besondere Genehmigung erfordern, dürfen ohne diese Genehmigung nicht den Arbeitsberichten beigelegt werden.

§ 8

Tätigkeitsnachweis (Zeugnis)

(1) Neben dem Bericht ist zur Anerkennung der abgeleisteten praktischen Tätigkeit ein Zeugnis der Ausbildungsstätte vorzulegen. Dieses Zeugnis muss enthalten:

- a) Angaben zur Person,
- b) Ort, Art und Dauer der Tätigkeit,
- c) Erfolg der Tätigkeit,
- d) Fehltag (Krankheit oder sonstige Abwesenheit),
- e) in Anspruch genommene Urlaubstage.

(2) Der Tätigkeitsnachweis soll in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein. Anderenfalls sind bei der Anerkennung amtlich beglaubigte deutsche oder englische Übersetzungen vorzulegen.

§ 9

Anerkennung der Praktikumsstätigkeit

(1) Die Anerkennung des Grundpraktikums erfolgt durch das zuständige Praktikantenamt.

(2) Zur Anerkennung müssen dem Praktikantenamt der Tätigkeitsbericht nach § 7 dieser Ordnung, der Tätigkeitsnachweis nach § 8 dieser Ordnung im Original (im Fall von nichtdeutschem oder nichtenglischem Tätigkeitsnachweis eine amtlich beglaubigte deutsche oder englische Übersetzung) vorgelegt werden.

(3) Das Praktikantenamt beurteilt anhand der eingereichten Unterlagen, ob und in welchem Umfang die Tätig-

keit den Vorgaben dieser Ordnung entspricht und erkennt das abgeleistete Praktikum dem Urteil entsprechend an.

(4) Bei Anerkennung wird der Praktikantin oder dem Praktikanten eine Bescheinigung über die Anerkennung des Praktikums ausgestellt. Die Praktikantin oder der Praktikant muss diese selbstständig beim Prüfungsamt vorlegen.

§ 10

Praktikum im Ausland

Praktische Tätigkeiten im Ausland werden anerkannt, wenn sie den Vorgaben dieser Ordnung entsprechen. Über die Anerkennung im Einzelnen entscheidet das zuständige Praktikantenamt.

§ 11

Anrechnung und Anerkennung anderweitig erbrachter Praktikumsstätigkeiten

(1) Praktika im gleichen Fachgebiet, die bereits von einer anderen deutschen Technischen Hochschule oder Universität anerkannt wurden, werden vom Praktikantenamt in vollem Umfang angerechnet, sofern der Anerkennungsnachweis der früheren Hochschule vorliegt. Das Praktikantenamt stellt in diesem Fall ebenfalls eine Bescheinigung über die Anrechnung aus, die von der Praktikantin oder dem Praktikanten beim Prüfungsamt vorgelegt werden muss. Liegt der Anerkennungsnachweis nicht vor, wird das Praktikum vom Praktikantenamt in vollem Umfang anerkannt, sofern die entsprechenden Inhalte nachgewiesen werden können.

(2) Abgeschlossene, einschlägige Berufsausbildungen und praktische Berufstätigkeiten werden entsprechend ihrer Art und ihrem Inhalt für dieses Grundpraktikum bis zur Gesamtdauer von zehn Wochen anerkannt. Erforderlich sind entsprechende Zeugnisse sowie gegebenenfalls der durchlaufene Ausbildungsplan.

(3) Ausbildungszeiten aus nicht abgeschlossenen Berufsausbildungen können anerkannt werden, wenn die Abschnitte mit Nachweisen aus dem Ausbildungsbetrieb entsprechend bescheinigt werden können und entsprechende Berichte aus der Ausbildungszeit vorliegen. In welchem Umfang die Ausbildungszeiten aus einer nicht abgeschlossenen Berufsausbildung anerkannt werden, wird vom Praktikantenamt anhand der vorliegenden Nachweise und Berichte bemessen.

(4) Für den Fall, dass ein entsprechendes abgeschlossenes Ingenieurstudium an einer Fachhochschule vorliegt, wird das Praxissemester, sofern es Teil der Fachhochschulausbildung war, als zehnwöchiges Praktikum gemäß dieser Ordnung anerkannt.

§ 12

Praktikantenamt

Das Praktikantenamt gibt auf Fragen Auskunft, die sich im Zusammenhang mit der praktischen Tätigkeit ergeben. Name und Kontaktdaten der jeweiligen Ansprechpartnerin oder des jeweiligen Ansprechpartners werden über die Webseite der TUHH bekannt gegeben.

§ 13

Inkrafttreten

(1) Diese GPO tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Diese GPO gilt erstmals für Studierende, die ihr Studium zum Wintersemester 2016/2017 beginnen.

Hamburg, den 27. Januar 2016

Technische Universität Hamburg-Harburg

Amtl. Anz. S. 502

Bekanntmachung einer Änderung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

Vom 4. März 2016

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes über den Beitritt der Freien und Hansestadt Hamburg zum Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 8. Oktober 2015 (HmbGVBl. S. 277) wird die nachstehende Bekanntmachung der Bayerischen Versorgungskammer veröffentlicht.

Hamburg, den 4. März 2016

Die Senatskanzlei

Amtl. Anz. S. 505

Bekanntmachung einer Änderung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

Vom 27. November 2015

Die Bayerische Versorgungskammer gibt hiermit gemäß Artikel 8 Abs. 4 Satz 3, Artikel 9 Abs. 3 Satz 2, Abs. 4 Satz 2 des Staatsvertrags zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, dem die Freie und Hansestadt Hamburg beigetreten ist (Gesetz vom 8. Oktober 2015, HmbGVBl. Nr. 43 S. 277), die Änderung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 6. Dezember 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 25. November 2014, durch Satzung vom 25. November 2015 bekannt. Die Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg hat mit Schreiben vom 10. November 2015 ihr Benehmen zur Genehmigung der Satzungsänderung erklärt.

München, den 27. November 2015

Bayerische Versorgungskammer

Just Böger

Vorstandsvorsitzender Stellv. Vorstandsvorsitzender

Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

Vom 25. November 2015

Aufgrund des Art. 10 Abs. 1 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (BayRS 763-1-1, GVBl. S. 371), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes zur Änderung des

Baukammergesetzes, des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen und der Bayerischen Bauordnung vom 24. Juli 2015 (GVBl. S. 296), erlässt die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung folgende Satzung:

§ 1

Die Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 6. Dezember 1996 (StAnz Nr. 51/52), zuletzt geändert durch Satzung vom 25. November 2014 (StAnz Nr. 50), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 werden nach dem Wort „Innern“ ein Komma und die Worte „für Bau und Verkehr“ eingefügt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Innern“ ein Komma und die Worte „für Bau und Verkehr“ eingefügt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Innern“ ein Komma und die Worte „für Bau und Verkehr“ eingefügt.
3. In § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 werden nach dem Wort „Innern“ ein Komma und die Worte „für Bau und Verkehr“ eingefügt.
4. In § 19 Abs. 4 Nr. 1 werden nach dem Wort „Arbeitslosgeld“ ein Komma und die Worte „Krankengeld, Pflegeunterstützungsgeld“ eingefügt.
5. § 22 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„²Für fällige Beiträge kann ein Säumniszuschlag von bis zu 1 v. H. für jeden angefangenen Kalendermonat erhoben werden.“
 - b) In Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „soll“ durch das Wort „kann“ ersetzt.
 - c) Absatz 4 Satz 4 erhält folgende Fassung:
„⁴Bis zum Ende der Mitgliedschaft nicht gezahlte Nebenforderungen können nach erfolglosem Ablauf einer dem ehemaligen Mitglied gesetzten angemessenen Zahlungsfrist mit den zuletzt entrichteten Beiträgen oder freiwilligen Mehrzahlungen zu Lasten der Versorgungsanwartschaft verrechnet werden.“
6. § 32 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 7 Satz 1 wird die Zahl „2015“ durch die Zahl „2016“ ersetzt.
 - b) In Absatz 11 Satz 1 werden nach dem Wort „Beiträge“ die Worte „und freiwillige Mehrzahlungen“ eingefügt.

§ 2

Die Satzung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Vorstehende Satzung wurde vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Aufsicht) mit Schreiben IA4-1235-10-18 vom 17. November 2015 genehmigt und wird hiermit ausgefertigt.

München, den 25. November 2015

Ochsner

**Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Bayerischen Rechtsanwalts-
und Steuerberaterversorgung**

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Bundesrepublik Deutschland,
 diese vertreten durch das
 Bundesministerium der Verteidigung,
 dieses vertreten durch die
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Amt für Bauordnung und Hochbau,
 Bundesbauabteilung
 Postanschrift:
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Vergabestelle
 Telefon: +49/040/4 2792-1200
 E-Mail: VOF-Vergabestelle@bba.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen.
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Neubau Multifunktionsgebäude, Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, Lesserstraße 180, 22049 Hamburg, Projektsteuerung
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr: 12
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftli-

che und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Bundesbauabteilung der Freien und Hansestadt Hamburg ist vom Bundesministerium der Verteidigung (Bauherr) mit der Baumaßnahme der Bundeswehr „Neubau Multifunktionsgebäude“ für das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg beauftragt worden. Integraler Bestandteil der Planung des Multifunktionsgebäudes ist der Neubau des Schiffahrtmedizinischen Instituts der Marine.

Das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg ist mit seinen 15 medizinischen Fachdisziplinen die größte militärische Behandlungseinrichtung in Norddeutschland und fest in das zivile Gesundheitsnetz der Freien und Hansestadt Hamburg eingebunden. Die wesentlichen Nutzungen der Liegenschaft sind: Ein Bettenhaus mit 320 Betten, Notaufnahme und Intensivstation, ein OP-Gebäude mit 6 OPs, Sterilisation und Bäderabteilung und ein denkmalgeschütztes Haupthaus (Haus 1). Daran schließt sich der sog. Kreuzbau und ein etwas kleinerer Nordflügel an. Im Haus 1 sind neben Büro und Unterkunftsnutzungen mehrere medizinische Fachuntersuchungsstellen sowie eine Apotheke, eine Radiologie mit MRT und CT, eine Küche und die DV-Abteilung untergebracht. Außerdem befinden sich auf der Liegenschaft ein Schwesternwohnheim, ein Hubschrauberhangar mit Rettungswache, der Psychologische Dienst sowie einige kleinere Gebäude mit Verwaltung, Heizhaus, Netzersatzanlage, Casino und Sanitätsfachschule. Das Gelände ist ca. 0,25 km² groß.

Vor dem Hintergrund einer Optimierung des gesamten Krankenhauses aus medizinischer und wirtschaftlicher Sicht wurde 2013 eine Entwicklungsplanung für die Gesamtliegenschaft erstellt, auf deren Grundlage zukünftig umfangreiche Um- und Erweiterungsbauten geplant sind. Unter anderem wird der Nordflügel abgerissen und durch ein neues Multifunktionsgebäude ersetzt. Das Multifunktionsgebäude wird im Westen an das Bettenhaus und südlich an den denkmalgeschützten Altbau angeschlossen. Der Neubau ist als zentrales Gebäude des Krankenhauses vorgesehen. Er soll den Operationstrakt sowie die Fachuntersuchungsstellen des Krankenhauses aufnehmen. Einen Funktionsschwerpunkt bildet das Schiffahrtmedizinische Insti-

tut, wobei die Schwerpunkte hier auf den Gebieten der maritimen Medizin, der Tauch- und Überdruckmedizin mit einem Druckkammer- und Tauchunfallbehandlungszentrum, der Forschung und Lehre inkl. eines Simulationszentrums liegen. Die Bruttogeschossfläche für das Multifunktionsgebäude inkl. Schifffahrtmedizinischem Institut liegt bei ca. 30.000 m². Die geschätzten Baukosten liegen insgesamt bei ca. 92 Mio. Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 600 (ohne Liegenschaftsgerät).

Aufgabe: Gegenstand dieses Verfahrens ist die Vergabe von Projektsteuerungsleistungen in Anlehnung an das Leistungsbild des AHO. Die Planungsleistungen Objektplanung, Technische Ausrüstung und Tragwerksplanung wurden bereits über VOF-Verfahren (08/2015) vergeben. Die Realisierung des Neubaus muss bei laufendem Krankenhausbetrieb erfolgen. Die Bauaufgabe erfolgt parallel zu zeitgleichen Baumaßnahmen und dem Um- und Neubau der gesamten Infrastruktur (Wasser, Abwasser, Wärme- u. Elektroversorgung, Freianlagen etc.). Die AG wird eine internetbasierte Projektplattform einsetzen (think project!). Das System ist durch den Auftragnehmer anzuwenden und zu überwachen.

Planungsgrundlagen: Es liegen eine Entwicklungsplanung mit einer Grobkostenschätzung für die Gesamtliegenschaft sowie ein Betriebskonzept vor. Derzeit wird die Entscheidungsunterlage-Bau (ES-Bau) in der Qualität einer Entwurfsunterlage-Bau (EW-Bau) mit Fertigstellung bis 08/2016 aufgestellt. Die Unterlagen werden den Bietern im Rahmen der Angebotsaufforderung in Auszügen zur Verfügung gestellt.

Leistungsumfang: Ziel dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe des Leistungsbereiches Projektsteuerung mit folgenden Projektstufen in Anlehnung an das Leistungsbild des AHO, Heft Nr. 9 (Stand: 05/2014):

- Restleistungen Projektentwicklung (Projektstufe 1),
- Restleistungen Projektplanung (Projektstufe 2),

sowie als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen):

- Ausführungsvorbereitung (Projektstufe 3),
- Ausführung (Projektstufe 4),
- Projektabschluss (Projektstufe 5)

in den Handlungsbereichen: Organisation, Information, Koordination und Dokumentation (A), Qualitäten und Quantitäten (B), Kosten und Finanzierung (C), Termine, Kapazitäten und Logistik (D) sowie Verträge und Versicherungen (E).

Das Leistungsbild in den einzelnen Handlungsbereichen wird mit der Angebotsaufforderung konkretisiert und versendet. Der Leistungsbereich umfasst eine erweiterte Projektsteuerungsleistung und besondere Planerleistungen gem. HOAI mit fachlich-inhaltlicher Prüfung aller Planerergebnisse.

Projektdauer: Die Beauftragung der Leistung ist für August 2016 vorgesehen. Der Auftrag umfasst zunächst die Restleistungen der Projektstufe 1+2

i. A. a. AHO nach Erstellung der ES-Bau. Es ist beabsichtigt, bei Fortsetzung der Maßnahme die Projektstufen 3-5 analog der Leistungsphasen 5-9 gem. § 34 HOAI zu beauftragen. Als Baubeginn ist August 2018 vorgesehen, als Bauende 08/2021. Daran schließt sich der einjährige Probebetrieb bis 08/2022 an.

Vergabeverfahren: Die Vergabestelle behält sich vor, im Rahmen der Verhandlungen Arbeitsproben (Case Studies) und für die Referenzen der Leistungsübersicht Projektblätter abzufordern. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung durch WSP Deutschland AG unterstützen und beratend begleiten.

- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71240000
Ergänzende Gegenstände: 71244000
71248000
- II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja
- II.1.8) **Lose**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**
Leistungsbereich Projektsteuerung Projektstufen 1-5 i. A. a. AHO, siehe II 1.5.
- II.2.2) **Angaben zu Optionen:**
Optionen: ja
Projektstufen 3-5 i. A. a. AHO (analog Leistungsphasen 5-9 gem. § 34 HOAI) als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**
Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**
Laufzeit: 10 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

- III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**
Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 3.000.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 5.000.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bewerbergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen jeweils in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist zudem der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung

der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt. Besteht eine Berufshaftpflichtversicherung mit niedrigeren als den o. a. Deckungssummen, ist die Vorlage einer schriftlichen Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, als Nachweis erforderlich. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt/ erklären der/die Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen.

Die Auftraggeberin prüft zurzeit, ob eine kombinierte Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung für alle am Bauvorhaben Beteiligten abgeschlossen werden soll. Sollte eine derartige Versicherung abgeschlossen werden, sind alle am Bauvorhaben Beteiligten statt über die oben geforderte Berufshaftpflichtversicherung über die kombinierte Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung zu versichern. In diesem Zusammenhang erklärt/ erklären der/die Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft zur Versicherung über eine gegebenenfalls abzuschließende kombinierte Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach den Allgemeinen Vertragsbedingungen zu den Verträgen für freiberuflich Tätige (AVB) gemäß Anlage 1/1 der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird. Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Mitglied einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig und führen zum Ausschluss sowohl des Einzelbieters als auch der Bietergemeinschaft. Mehrfachbeteiligungen von Nachunternehmern sind zulässig, sofern diese keinen maßgeblichen Einfluss auf die Angebotsgestaltung haben.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja

Der Auftragnehmer hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Vorschriften für das Öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten, u. a.:

- die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau),
- das Vergabe- und Vertragsbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB),
- die Fachlichen Richtlinien für die Durchführung von Baumaßnahmen der Bundeswehr (BFR),
- die allgemeinen Umdrucke für die Baumaßnahmen der Bundeswehr.

Die AG wird eine internetbasierte Projektplattform einsetzen (think project!). Das System ist durch den Auftragnehmer anzuwenden und zu überwachen.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Bewerber hat den Teilnahmeantrag in Form eines vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Bewerbungsbogens und den geforderten Erklärungen, Anlagen und Nachweisen zu den Ziffern III.2.1 bis III.2.3 abzugeben. Darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Der Bewerbungsbogen inklusive Anlagenvordrucke sowie ein Auswahlbogen mit den vollständigen Kriterien zur Bewerberauswahl sind bei der in Ziff. I.1) genannten Kontaktstelle anzufordern.

Für den Fall einer Bürgergemeinschaft und/oder für den Fall, dass der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erbringung von Grundleistungen oder beim Nachweis der Mindestanforderungen („Eignungsleihe“) der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (Nachunternehmer), ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglieder der Bürgergemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bürgergemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.

Die Nachweise müssen aktuell, nicht älter als 12 Monate (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) und noch gültig sein. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Sofern es sich bei dem Bewerber um eine juristische Person handelt, sind die erforderlichen Qualifikationen der Personen, die die Leistung tatsächlich erbringen sollen, entsprechend § 4 Abs. 3 VOF vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleich-

bare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Da die Amtssprache für dieses Verfahren Deutsch ist, sind alle fremdsprachigen Urkunden oder Nachweise zu übersetzen. Eine eigenverantwortliche Übersetzung ist ausreichend. Etwaige Übersetzungskosten trägt der Bewerber selbst.

Geforderte Erklärungen und Nachweise:

Vollständig ausgefüllter und rechtsverbindlich unterschriebener Bewerbungsbogen mit folgenden Anlagen:

Anlage 1A: Nachweis der Unterschriftenberechtigung gemäß der einschlägigen Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);

Anlage 1B: Eigenerklärungen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Abs. 6 a-g VOF und über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Abs. 9 a-e VOF (Vordruck).

Anlage 1C: Eigenerklärung zu wirtschaftlichen und/oder rechtlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen gem. § 4 Abs. 2 VOF (Vordruck).

Anlage 1D: Erklärung zur Einhaltung der Sicherheitsanforderungen (Vordruck).

Anlage 1E: Erklärung über die Bevollmächtigung eines/-er Vertreters/-in der Bewerbergemeinschaft sowie der gesamtschuldnerischen Haftung im Auftragsfalle (Vordruck).

Anlage 1F: Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Auftragsanteile der Mitglieder zu benennen, wobei jedes einzelne Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll (Vordruck).

Anlage 1G: Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers sind die Auftragsanteile, die als Unterauftrag vom Auftragnehmer vergeben werden sollen, zu benennen. In dem Fall, dass Nachunternehmer mit der Erbringung von Grundleistungen beauftragt werden sollen oder für den Nachweis der Mindestanforderungen herangezogen werden, ist eine Verpflichtungserklärung nach § 5 Abs. 6 VOF in Stufe 1 des Verfahrens (Teilnahmeantrag) vorzulegen (Vordruck).

Anlage 2A: Nachweis über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung mit den unter Ziff. III.1.1 genannten Deckungssummen gem. § 5 Abs. 4 a VOF, ggf. Versicherungsbestätigung gem. Ziff. III 1.1.

Anlage 3B: Nachweis der Eignung des vorgesehenen Projektteams. Namen und berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen gem. § 4 Abs. 3 VOF. Nachweis der geforderten Qualifikation der Projektbeteiligten (Vordruck).

Anlage 3C: Liste der wesentlichen in den vergangenen 6 Jahren (Stichtag 01.01.2010) erbrachten abgeschlossenen Leistungen gem. § 34, § 55, § 51 HOAI gem. VOF § 5 (5) b (Vordruck) nebst Anlagen (Referenzschreiben, Eigenerklärung).

Anlage 3D zum Bewerbungsbogen: Zusammenstellung technische Infrastruktur.

Genauere Angaben und die zu verwendenden Vordrucke entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen und Vordrucken.

Das Format der Unterlagen soll DIN A4 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsformular vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Die Seiten werden bitte durchgehend nummeriert.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Nachweis 2A: Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung.

Geforderter Mindeststandard: Vgl. III.1.1

Nachweis 2B: Erklärung des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft über den jeweiligen Jahresumsatz für die einzelnen Leistungsbereiche (Objektplanung, Technische Ausrüstung, Tragwerksplanung) in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr 2012, 2013, 2014) gem. § 5 Abs. 4 c VOF.

Geforderter Mindeststandard: Der durchschnittliche Jahresumsatz muss für den Leistungsbereich Projektsteuerungsleistungen mindestens 800.000,- Euro (netto), davon für die Leistungen im Bereich Krankenhaus-/Klinikbau mindestens 300.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bewerbergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtschuldnerische Umsatzsumme aller Bewerber der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag hinzugerechnet werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Nachweis 3A: Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2013, 2014, 2015).

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Bewerbungsbogen für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzulegen, d. h., die Mitarbeiterzahlen sind zu addieren.

Im Falle der Einschaltung von Nachunternehmern können nur die Mitarbeiter des Nachunternehmers hinzugerechnet werden, die für den entsprechenden Leistungsteil eingesetzt wurden.

Geforderter Mindeststandard: Beschäftigtenzahl im Durchschnitt der letzten drei Jahre (2013, 2014, 2015): Anzahl der Mitarbeiter (einschließlich Bürohelfer) insgesamt mind. 8 Beschäftigte, davon Anzahl der Mitarbeiter mit Studienabschluss der Fachrichtung Architektur, Bauingenieurwesen oder Wirtschaftsingenieurwesen

mind. 4 Mitarbeiter, Anzahl der Mitarbeiter mit Studienabschluss der einschlägigen Fachrichtungen für die Leistungen der technischen Ausrüstung HLS, Anlagengruppen 1-3, mind. 1 Ingenieur/in für die Leistungen der technischen Ausrüstung ELT, Anlagengruppen 4-6+8, mind. 1 Ingenieur/in und für die Leistungen der technischen Ausrüstung, Anlagengruppe 7 (Medizintechnik), mind. 1 Ingenieur/in.

Nachweis 3B: Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Personen. Vorstellung der Projektbearbeiter des Projektteams mit folgenden Angaben zu deren Qualifikation gem. § 5 Abs. 5 a) VOF: Ausbildung und berufliche Qualifikation, Berufserfahrung, Bürozugehörigkeit, Berufserfahrung mit vergleichbaren Projekten, persönliche Referenzliste, Einbindung in die Referenzprojekte, bisherige Zusammenarbeit des Projektteams. Studiennachweise und Fortbildungsnachweise der für das Projekt vorgesehenen Mitarbeiter sind in Kopie vorzulegen. Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen.

Geforderter Mindeststandard:

Vorstellung des federführenden Projektleiters (PL) und des stellvertretenden Projektleiters (PL-S) mit jeweils einem berufsqualifizierendem Studienabschluss der Fachrichtung Architektur, Bauingenieurwesen oder Wirtschaftsingenieurwesen in der Vertiefungsrichtung Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Master). Hiervon müssen der federführende Projektleiter und der stellvertretende Projektleiter jeweils mindestens 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich Projektsteuerung in Anlehnung an das Leistungsbild nach AHO nachweisen.

Aufgrund der komplexen technischen Anforderungen ist folgendes zusätzliches Fachpersonal zu benennen, welches auch Aufgaben der fachlichen Bewertung der Planungsunterlagen erbringt (Leistungsbild wird in der Angebotsaufforderung konkretisiert):

Vorstellung eines Projektmitarbeiters HLS (PMHLS) mit einem Studienabschluss der einschlägigen Fachrichtung nach § 55 HOAI (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Master/Bachelor) oder fachbezogener Qualifikation (Techniker/Meister). Dieser muss mindestens 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich der TA-Fachplanung gem. HOAI, Anlagengruppe 1-3, nachweisen. Vorstellung eines Projektmitarbeiters ELT/GA (PM-ELT/GA) mit einem Studienabschluss der einschlägigen Fachrichtung nach § 55 HOAI (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Master/Bachelor) oder fachbezogener Qualifikation (Techniker/Meister). Dieser muss mindestens 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich der TA-Fachplanung gem. HOAI, Anlagengruppe 4 und 5 + 8 nachweisen. Vorstellung eines Projektmitarbeiters Medizintechnik (PM-MED) mit einem Studienabschluss der einschlägigen Fachrichtung nach § 55 HOAI (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Master/Bachelor) oder fachbezogener Qualifikation (Techniker/Meister). Dieser muss mindestens 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich der TA-Fachplanung gem. HOAI, Anlagengruppe 7 Medizintechnik, nachweisen. Von jedem Mitarbeiter ist mindestens eine personenbezogene Referenz zu benennen, die mit der ausgeschriebenen

Leistung vergleichbar ist. Mehrfachnennungen von Personen sind zulässig.

Nachweis 3C: Nachweis der erbrachten Leistungen (Leistungsübersicht) für den Leistungsbereich Projektsteuerung i. A. a. AHO. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2010) realisiert worden sein und die Projektstufe 5 (Projektabschluss, einschl. Übergabe und Inbetriebnahme der technischen Ausrüstung) muss abgeschlossen sein. Entsprechende Referenzen sind unter Angabe

- des Projektnamens,
- des Ortes,
- der Art der Bauaufgabe,
- des Leistungszeitraumes,
- der Baukosten (EUR KG 300-400, netto),
- der Nutzfläche NF 1-6 gem. DIN 277,
- der bearbeiteten Anlagengruppen,
- des beauftragten Leistungsbildes in Anlehnung an die AHO mit Handlungsfeldern,
- der Angabe, ob eine internetbasierte Projektkommunikationsplattform Anwendung fand,
- des Auftraggebers inkl. Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner u. Telefonnummer,
- Auftraggeberbescheinigung (für jedes Referenzprojekt ist eine projektbezogene Referenzbescheinigung des Auftraggebers oder eine Eigenerklärung mit mind. Art, Umfang, Leistungsbild i. A. a. AHO, Leistungszeit einzureichen.).

Es werden nur diejenigen Projekte in die Wertung einbezogen, für die eine projektbezogene Referenzbescheinigung oder Eigenerklärung eingereicht wurde.

Geforderter Mindeststandard an die Leistungsübersicht:

A) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend die Projektsteuerung für einen Neubau/Erweiterungsbau aus dem Bereich Krankenhaus- oder Klinikbau mit mindestens 5.000 m² Nutzfläche (NF 1-6) nachzuweisen (Projektstufen i. A. a. AHO 2 bis 5).

B) Mit der Leistungsübersicht ist die Projektsteuerung für einen Neubau/Erweiterungsbau aus dem Bereich Krankenhaus- oder Klinikbau mit der Bauaufgabe OP-Säle nachzuweisen (Projektstufen i. A. a. AHO 2 bis 5).

C) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend die Projektsteuerung für ein Neubau/Erweiterungsbau mit einer Bausumme von mind. 30.000.000,- Euro (KG 300-400, netto) nachzuweisen (Projektstufen i. A. a. AHO 2 bis 5).

D) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend die Projektsteuerung für ein Projekt aus dem Bereich Krankenhaus- oder Klinikbau, welches bei laufendem Betrieb auf der Liegenschaft realisiert wurde, nachzuweisen (Projektstufen i. A. a. AHO 2 bis 5).

E) Mit den Referenzen in der Leistungsübersicht ist zwingend mind. eine Referenz für einen öffentlichen Auftraggeber nachzuweisen (Projektstufen i. A. a. AHO 2 bis 5).

Die Mindestanforderungen können sowohl mit einem oder mehreren Projekten erfüllt werden.

Nachweis 3D: Erläuterung über welche technische Büroausstattung (DV-Geräte, Hard- und Software) der Bewerber verfügt nach § 5 Abs. 5 e) VOF.

Geforderter Mindeststandard: Datenaustausch ist für folgende Dateien gewährleistet: DWG, DFX, GAEB, DOCX, EXCEL.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der eingereichten Unterlagen/ Nachweise zum vorgesehenen Projektteam (Nachweis 3B) und der Referenzprojekte (Nachweis 3C).

Die Auswahlkriterien sind wie folgt: Bewertung Projektteam (Erfahrung in der Zusammenarbeit, Erfahrung des/der PROJEKTLITER/IN für den Leistungsbereich Projektsteuerung, Erfahrung des/der STELLVERTRETENDER PROJEKTLITER/IN für den Leistungsbereich Projektsteuerung, Erfahrung der FACHPROJEKTMITARBEITER für die Leistungsbereiche ELT/GA, HLS und Medizintechnik und Bewertung der Referenzen (vergleichbare Größe und Leistungsbild, vergleichbare Bauaufgabe, vergleichbare Qualität/komplexe Randbedingungen, ver-

gleichbarer Bauherr). Weitere Details zur Auswahl kann dem mit dem Bewerberbogen versandten Auswahlbogen entnommen werden. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

4121G14012016-02VOFMFG

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:

29. März 2016, 14.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

4. April 2016, 12.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber:

31. März 2016

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Der für den Teilnahmeantrag zwingend zu verwendende Bewerbungsbogen sowie die Anlagen-vordrucke sind unter der in Ziff. I.1) genannten E-Mail-Adresse (vof-vergabestelle@bba.hamburg.de) unter der Angabe des Stichwortes „2016-02 VOF Neubau MFG Bundeswehrkrankenhaus Hamburg Projektsteuerung“ in der Betreffzeile anzufordern.

Vorläufige Termine des Teilnahmewettbewerbs mit anschließendem Verhandlungsverfahren: Versand Angebotsaufforderung 20. KW 2016 Submissionstermin der Honorarangebote 24. KW 2016 Verhandlungsgespräche 26. KW 2016.

Der Teilnahmeantrag ist zu richten an: Freie und Hansestadt Hamburg, Amt für Bauordnung und Hochbau, Bundesbauabteilung, Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland.

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren (Bewerbungsbogen mit Anlagen) sind in einem verschlossenen Umschlag, deutlich sichtbar gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung und der Vergabenummer, bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist auf dem Postweg an die Vergabestelle zu senden oder dem Auftraggeber direkt zu überreichen. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig. Bitte beschriften Sie den Umschlag der Teilnahmeanträge wie folgt:

„2016-02 VOF Neubau MFG Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, Lesserstraße 180, 22049 Hamburg, Projektsteuerung“.

Im Falle von Bewerbergemeinschaften oder der Einschaltung von Nachunternehmern, ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.

Es besteht kein Anspruch auf Rücksendung der eingereichten Unterlagen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:**

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer des Bundes – Bundeskartellamt

Postanschrift:

Villemombler Straße 76, 53123 Bonn, Deutschland

Telefon: +49/228/94990

Telefax: +49/289/499163

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht

später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Bundesbauabteilung, BBA 2

Postanschrift:

Pappelallee 4, 22089 Hamburg,

Telefon: +49/40/42792-1200

E-Mail:

PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

2. März 2016

Hamburg, den 3. März 2016

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –**

216

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB U 42
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Einkauf/Vergabe

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Um- und Ausbau der STS Niendorf zu einer achtzügigen Ganztagschule, Paul-Sorge-Straße 133-135, 22455 Hamburg – Blitzschutz und Erdung; Elektro.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
Bauftrag
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Paul-Sorge-Straße 133-135, 22455 Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Die Stadtteilschule Niendorf befindet sich im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel. Die Baumaßnahme umfasst den Ausbau zur achtzügigen Ganztagschule. Der Neubau ist ein zweigeschossiger Baukörper, zum Teil unterkellert. Eine wiederkehrende Abfolge, von zu Kompartements zusammengefassten Klassen- und Gruppenräumen, bildet die Ordnungsstruktur für den Neubau. In zwei Bereichen erhält das Gebäude Anschluss an den Bestand. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. 7.370 m². Die NFG beträgt gesamt ca. 6.515 m². Die Arbeiten werden teilweise im laufenden Schulbetrieb im benachbarten Schulgebäude ausgeführt. Die Baustelle ist über die Paul-Sorge-Straße oder über den Theodor-Körner-Weg, unabhängig vom Schulbetrieb, über eine separate Baustellenzufahrt anfahrbar.
Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich Juni 2016 bis Juli 2018.
Hier:
Los 1 Blitzschutz- und Erdungsanlagen;
Los 2 Elektrotechnik.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45214220
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert für alle Lose ca. 593.400,- Euro (netto).
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),

- Umsätze aus den drei Jahren 2012, 2013 und 2014,
- und
- gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 028-16 S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 12. April 2016, 10.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

Landesbetrieb Schulbau Hamburg

IBAN: DE 25200000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 028-16 S

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

13. April 2016, 10.10 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 13. April 2016, 10.10 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 006

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Ein-
legung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabe-
kammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf
Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3
Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller
den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften
im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber
dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat.
Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn
sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kennt-
nis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4
GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn
mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung
des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu
wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
25. Februar 2016

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Um- und Ausbau der STS Niendorf zu einer achtzügigen Ganztagschule, Paul-Sorge-Straße 133-135, 22455 Hamburg – Sanitär; Heizung; Lüftung/Klima/MSR; Wärmedämmung/Brandschutz.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Blitzschutz- und Erdungsarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Erdungsanlage und oberirdische Blitzschutzanlage.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 31216100
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 63.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juni 2016 bis Oktober 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 13. April 2016 um 10.00 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Elektrotechnik

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Gebäude-Hauptverteilung, Sicherheitsbeleuchtungsanlage; 7 Unterverteilungen, ca. 1250 Leuchten, ca. 30000 m Mantelleitung, ca. 1200 m Steigleitung, ca. 750 m Brüstungskanal, ca. 800 m Kabeltrasse.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45311000
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 530.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Januar 2017 bis Februar 2018. Die Öffnung der Angebote findet statt am 13. April 2016 um 10.30 Uhr in Raum 006.

Hamburg, den 26. Februar 2016

Die Finanzbehörde

217

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB U 42
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Einkauf/Vergabe
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Um- und Ausbau der STS Niendorf zu einer achtzügigen Ganztagschule, Paul-Sorge-Straße 133-135, 22455 Hamburg – Förderanlagen.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
Bauauftrag
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Paul-Sorge-Straße 133-135, 22455 Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Die Stadtteilschule Niendorf befindet sich im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel. Die Baumaßnahme umfasst den Ausbau zur achtzügigen Ganztagschule. Der Neubau ist ein zweigeschossiger Baukörper, zum Teil unterkellert. Eine wiederkehrende Abfolge, von zu Kompartements zusammengefassten Klassen- und Gruppenräumen, bildet die Ordnungsstruktur für den Neubau. In zwei Bereichen erhält das Gebäude Anschluss an den Bestand. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. 7.370 m². Die NFG beträgt gesamt ca. 6.515 m². Die Arbeiten werden teilweise im laufenden Schulbetrieb im benachbarten Schulgebäude ausgeführt. Die Baustelle ist über die Paul-Sorge-Straße oder über den Theodor-Körner-Weg, unabhängig vom Schulbetrieb, über eine separate Baustellenzufahrt anfahrbar.
Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich Juni 2016 bis Juli 2018.
Hier:
Personenaufzug mit zwei Haltestellen als maschinenraumloser Seilaufzug, 630 Kg.
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Mai 2017 bis Dezember 2017.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45214220
Ergänzende Gegenstände: 42416100

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert ca. 63.000,– Euro (netto).
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 8 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Umsätze aus den drei Jahren 2012, 2013 und 2014,
- und
- gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –

IV.3) Verwaltungsaufgaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOB EU 031-16 G

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 18. April 2016, 10.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

Landesbetrieb Schulbau Hamburg

IBAN: DE 25200000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 031-16 G

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend die Ausschreibung an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

19. April 2016, 10.10 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 19. April 2016, 10.10 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann

- der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Ein-
legung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabe-
kammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf
Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3
Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller
den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften
im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber
dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat.
Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn
sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kennt-
nis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4
GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn
mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung
des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu
wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
29. Februar 2016

Hamburg, den 29. Februar 2016

Die Finanzbehörde

218

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und
Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung

- e) Hasenweg 40, 22393 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 023-16 S**
Die Grundschule Hasenweg liegt im Hamburger Stadt-
teil Wandsbek. Im Rahmen des 3. Bauabschnittes erfol-
gen die Sanierung der Sporthalle und der Anbau einer
Gymnastikhalle.
Im Kern sind folgende Leistungen zu erbringen:
Sanierung und Umbau einer Einfeldsporthalle inklusive
energetischer Sanierung der Fassaden, Austausch Fen-
ster, Türen und Dach, Erneuerung der Sanitärbereiche,
Austausch des Sportbodens, sowie Anbau (Zubau) einer
Gymnastikhalle inklusive der dazugehörigen Neben-
räume.
Gewerk Wärmeverbundsystem
Leistungsumfang:
– Abdichtungsarbeiten: 60 m²
– Perimeterdämmung Sockelbereich: 85 m
– WDVS Sockelprofil: 140 m
– Sockelblech Alu: 140 m
Gymnastikhalle – WDVS: 300 m²
– Brandriegel: 55 m²
– Oberputz: 300 m²
– Anstrich: 300 m²
Sporthalle – WDVS: 550 m²
– Brandriegel: 83 m²
– Oberputz: 550 m²
– Anstrich: 550 m²
HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem
Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vor-
liegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach
Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informa-
tionsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer mög-
lichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand
von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Baubeginn: April 2016
Bauende: Juni 2016
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und
Einsichtnahme vom 3. März 2016 bis 30. März 2016, 9.00
Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Brief-
marken werden nicht angenommen. Barzahlung ist
NICHT möglich.
Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
IBAN DE 252 00000000020101529,
BIC MARKDEF1200,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: SBH VOB Ö 023-16 S
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der
Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bitte Anfor-
derungsschreiben zusammen mit dem Zahlungsbeleg an
die Anschrift unter Buchstabe a) per Telefax oder an die
E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten
wählen. Auf der Anforderung bitte die Belegenheit, das

Gewerk und die Vergabenummer angeben. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 31. März 2016 bis 10.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote finden statt am 15. März 2016 um 10.00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bei der Submission zugelassene Personen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
oder
– Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend),
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014),
– mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,
und
– gültige Freistellungsbescheinigung.
Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 29. April 2016.
- w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37
- x) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 3. März 2016

Die Finanzbehörde

219

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB U 42
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Einkauf/Vergabe

Zu Händen von Herrn Christian Schultz

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Leerung Sammelboxen für Grüngut an den Standorten mit 8 Regionallosen in Hamburg.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Sonstige Dienstleistungen

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

SBH | Schulbau Hamburg hat als Landesbetrieb der Freien und Hansestadt Hamburg (nachstehend SBH genannt) die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten.

Die GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH (nachstehend GMH genannt) ist ein städtisches Unternehmen, welches u. a. für über 50 Schulbelegungen im Süden Hamburgs die Dienstleistungen des Baus, des Betriebes und der Bewirtschaftung wahrnimmt.

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde, SBH und die GMH als Auftraggeber (AG) vergeben die Leerung von Sammelboxen für Grüngut (Kompostboxen) an den Belegungen (WE) der staatlichen Schulen (ca. 390 bei SBH und ca. 40 bei GMH) in Hamburg als Rahmenvertrag, für den Zeitraum von zwei Jahren ab Beauftragung mit der Option der zweimaligen Verlängerung durch den Auftraggeber um jeweils 12 Monate. Die Option tritt stillschweigend ein, sofern der AG das Ende des Vertragsverhältnisses nicht spätestens drei Monate vor Vertragsende schriftlich mitgeteilt hat.

Der Gesamtauftrag wird in acht regionale Lose unterteilt (7 SBH und 1 GMH) die beruflichen Schulen (Region N4 HIBB) werden nach örtlicher Lage in die Lose 1-7 verteilt. Die Angebotsabgabe ist möglich für ein bis alle Lose. Der Auftrag kann für maximal drei Lose erteilt werden. Die AG behalten sich vor, die Zahl der an einen Auftragnehmer (AN) zu beauftragenden Lose auf Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu begrenzen.

Neben den einzureichenden Nachweisen (siehe Ziffer 3 a-h) sind als Mindestanforderung für die Teilnahme am Wettbewerb ein auf den AN zugelassener Zwei-Achs-Lkw mit Ladekran (max. 12 t zulässiges Gesamtgewicht) sowie ein auf den AN zugelassener Drei-Achs-Lkw mit (dritter) Lenkachse und Ladekran (max. 26 t zulässiges Gesamtgewicht) (siehe Ziffer 3 i) nachzuweisen, die Entsorgungsstelle anzugeben und der Nachweis (siehe Ziffer 3 j) über die aktuelle Führung des Gütezeichens (RAL-GZ 251) mit der Vorlage des Jahresprüfungszeugnisses der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. für die angegebene Entsorgungsstelle zu erbringen.

Die Leerung der Sammelboxen erfolgt ausschließlich durch schriftlichen Abruf per Fax/Mail (Abrufformular – Vordruck des AG). Diese Abrufe können alltäglich in unregelmäßigen Abständen, einmal oder mehrmals im Jahr, für einen Standort erfolgen. Die Abfahren sind

umgehend, spätestens eine Woche nach Auftragserteilung auszuführen. Sollte es zu Problemen bei der Auftragsausführung kommen, ist dieses dem AG (hier SHM) unverzüglich telefonisch mitzuteilen.

Die Erreichbarkeit der Sammelboxen auf den Grundstücken ist in der Regel mit einem Drei-Achs-Lkw mit (dritter) Lenkachse möglich. In Ausnahmefällen (ca. 5-10 Standorte je LOS) ist die Erreichbarkeit entweder durch die Belastungsklasse des Wegebelaes oder durch die örtlichen Gegebenheiten (kleiner Radius, schmale Zufahrt, etc.) eingeschränkt. Hier sind die Boxen mit einem Zwei-Achs-Lkw bis 12 t anzufahren.

Die Abfuhr kann in der Regel flexibel, zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr erfolgen. Grundsätzlich wird der Abfuhr-Tag und die Abfuhr-Zeit vom SHM im Abrufformular vorgegeben bzw. ist vom AN mit dem SHM telefonisch abzustimmen. Dies hat der AN selbstständig zu organisieren und zu verantworten.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 77300000

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

- II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert über den Gesamtzeitraum für alle Lose ca. 1.144.000,- Euro (netto).

Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.144.000,- Euro

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja

Zahl der möglichen Verlängerungen: 2

- II.3) Vertragslaufzeit bzw.

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 48 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) Bedingungen für den Auftrag

- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem

Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen KV oder BG, gültig und nicht älter als 12 Monate).
- Bescheinigung in Steuersachen (Unbedenklichkeitsbescheinigung von dem zuständigen Finanzamt, gültig und nicht älter als 12 Monate und/oder gültige Freistellungsbescheinigung).
- Unterzeichnete Betriebsanweisung „Vorbeugender Unfall- und Gefahrenschutz“ (Formblatt beiliegend).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Beschäftigtenzahlen aus den Jahren 2013, 2014 und 2015 mit Angabe der Qualifikation (Formblatt beiliegend)
- Ausgefüllte und unterzeichnete Eigenerklärung Mindestlohn (Formblatt beiliegend)
- Berufshaftpflichtversicherung: Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 200.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Bieters/der Bieterin, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer auftragsbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Aufstellung (Angabe zu Anzahl, Hersteller und Typ) der für die Ausführung geplanten Geräte und Maschinen.
- 2 Referenzen, die nicht älter als 5 Jahre sind, über vergleichbare Leistungen im öffent-

lichen Raum, mit Angabe der jeweils zuständigen AG sowie deren vollständigen Kontaktdaten, der eingereichten Referenz.

- Unterzeichnete und ausgefüllte Eigenerklärung „Ordnungsgemäße Entsorgung von Grüngut“.
- Qualitätskonzept (max. 2 DIN A4-Seiten, Arial, Schriftgröße 11 pt) zur Bearbeitung des vorliegenden Auftrags, aus dem die Herangehensweise, das Entsorgungs- und Schulungskonzept, sowie die zur Auftragsbearbeitung vorgesehene personelle Kapazität des Unternehmens hervorgeht. Es muss gewährleistet werden, dass auch bei Krankheit oder Verhinderung des AN, die Leistung sichergestellt ist.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Als Mindestanforderung für die Teilnahme am Wettbewerb sind nachzuweisen: Mindestens ein auf den AN zugelassener Zwei-Achs-Lkw mit Ladekran (max. 12 t zulässiges Gesamtgewicht) sowie einem auf den AN zugelassenen Drei-Achs-Lkw mit (dritter) Lenkachse und Ladekran (max. 26 t zulässiges Gesamtgewicht).
- Der Nachweis über die aktuelle Führung des Gütezeichens (RAL-GZ 251) mit der Vorlage des Jahresprüfungszeugnisses der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. für die angegebene Entsorgungsstelle ist zu erbringen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Günstigster Preis (Gesamtsumme netto pro Los)	60
2. Qualität (Qualitätskonzept)	40

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOL EU 006-16 CS
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 18. April 2016, 12.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
19. April 2016, 12.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Bis 6. Juni 2016
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 19. April 2016, 12.00 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Ja
Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen: Sommer 2020
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht: <http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>. Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 23 - 20 20
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
8. März 2016

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Leerung Sammelboxen für Grüngut an den Standorten mit 8 Regionallosen in Hamburg

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Region M 1 – Mitte

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 58 Schulstandorte in der Region Mitte, inkl. berufliche Schulen (dabei auch 4 berufliche Schulen in Wilhelmsburg und Harburg)
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein bis alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 2**Bezeichnung:** Region M 2 – Altona

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 67 Schulstandorte in der Region Altona, inkl. berufliche Schulen
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein bis alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 3**Bezeichnung:** Region M 3 – Eimsbüttel

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 59 Schulstandorte in der Region Eimsbüttel, inkl. berufliche Schulen
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein bis alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 4**Bezeichnung:** Region M 4 – Bergedorf

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 42 Schulstandorte in der Region Bergedorf, inkl. berufliche Schulen
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein bis alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 5**Bezeichnung:** Region N 1 – Wandsbek-Nord

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 52 Schulstandorte in der Region Wandsbek-Nord, inkl. berufliche Schulen
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000

- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein bis alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 6**Bezeichnung:** Region N 2 – Wandsbek-Süd

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 50 Schulstandorte in der Region Wandsbek-Süd, inkl. berufliche Schulen
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein bis alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 7**Bezeichnung:** Region N 3 – Nord

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 65 Schulstandorte in der Region Nord, inkl. berufliche Schulen
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein bis alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 8**Bezeichnung:** Bereich Süd GMH

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 40 Schulstandorte in der Region Harburg und Wilhelmsburg
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 77300000
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Die Angebotsabgabe ist möglich für ein bis alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Hamburg, den 8. März 2016

Die Finanzbehörde

524

Dienstag, den 15. März 2016

Amtl. Anz. Nr. 21

Sonstige Mitteilungen

Verhandlungsverfahren

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Vergabenummer: **GMH VOF 003-16 DK**
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Neubau und Erweiterung an den Standorten Hanhoopsfeld 21 und Rönneburgerstraße 50, Hamburg – Projektsteuerungsleistungen gemäß § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Stand 2014).
Dienstleistungsauftrag: Projektsteuerung gemäß § 2 Nr. 9 AHO.
Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus: Projektstufen 4 +5
Besondere Leistungen:
– siehe 1a „Besondere Leistungen Projektsteuerung“
– Sichten und Übernehmen der Dokumentationsunterlagen der Projektstufe 3
Auftragswert ohne MwSt: Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen für die Leistung der Projektsteuerung (Projektstufen 4 und 5) auf ca. 252.000,- Euro ohne Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 28 Monate
Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 4. April 2016, 14.00 Uhr
Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Ausschreibungsmanagement VOL/VOF
Telefon: 040/4 28 23 - 62 86, Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de.
Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:
www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html

Hamburg, den 7. März 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 221

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Vergabenummer: **GMH VOB Ö 002-16 G**
Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Neubau Forum-Kunst-Cluster. Die GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH plant am Standort Fischbek die Stadtteilschule zu erneuern.
Dazu wird das bestehende Verwaltungsgebäude an beiden Giebelseiten durch ein Forumsgebäude und einem Kunst- und Lehrerbereich erweitert, sowie ein freistehendes Klassengebäude (Cluster) neu errichtet.
Gewerk Fachraumausstattung
Leistungsumfang:
Ausbau NTW Fachräume für Chemie(2 Stück), Biologie (2 Stück) und Physikunterricht (1. Stück), Ausstattung mit Experimentiertischen für Lehrer und Schüler, Deckensysteme, Fachmöblierung, Ausstattung der Sammlungsräume.
Baubeginn: Januar 2017
Bauende: Mai 2017
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote: 5. April 2016 bis 10.50 Uhr
Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Ausschreibungsmanagement VOB U 42
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de
Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:
www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html

Hamburg, den 7. März 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 222